

87.033

**Delegation beim Europarat.  
Bericht  
Délégation auprès du Conseil  
de l'Europe. Rapport**

*Antrag der Kommission*

Kenntnisnahme vom Bericht

*Proposition de la commission*

Prendre acte du rapport

Herr Nationalrat **Butty** unterbreitet im Namen der Schweizer Parlamentarier-Delegation beim Europarat den folgenden schriftlichen Bericht (texte français voir «Bulletin officiel du Conseil national», session d'été 1986):

**Bericht über die 38. ordentliche Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarates**

*1. Einleitung*

Die Schweizer Parlamentarier-Delegation beim Europarat berichtet im folgenden über ihre Tätigkeit während der 38. ordentlichen Session der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, die in drei Teilsessionen zwischen April 1986 und Ende Januar 1987 in Strassburg tagte. Die Sommersession fand in Istanbul statt.

Die Schweizer Delegation setzte sich wie folgt zusammen:

*Nationalrat*

Butty (Präsident), Cantieni, Dupont, Morf (Vizepräsidentin), Müller-Aargau, Pini, Riesen, Sager

*Ständerat*

Debétaz, Gadiant, Dreyer, Weber-Solothurn (bis November 1986), Miville (ab November 1986)

Ständerat Gadiant übte während der 38. Session das Amt eines Vizepräsidenten der Versammlung aus und gehörte in dieser Eigenschaft auch dem Sammlungsbüro an. Zu Beginn der Frühjahrssession 1986 wurden Ständerat Debétaz als Präsident der Kommission für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen und Nationalrat Butty als Präsident der Reglementskommission wiedergewählt. Im Berichtsjahr war Nationalrat Butty weiterhin mit der Leitung der «Groupe de Contact Chypre» betraut. Nationalrat Dupont übernahm das Präsidium der Budgetkommission und Nationalrat Pini das Vizepräsidium der Kommission für Sozial- und Gesundheitsfragen. Nationalrat Pini wurde ferner als Präsident des Unterausschusses für Beschäftigungsfragen der Kommission für Sozial- und Gesundheitsfragen wiedergewählt. Nationalrätin Morf wurde mit dem Präsidium des neugeschaffenen Unterausschusses für bio-ethische Fragen der Kommission für Sozial- und Gesundheitsfragen betraut.

*2. Wichtige Entwicklungen im europäischen Integrationsbereich*

Die Europäische Gemeinschaft ist heute mit folgenden Herausforderungen konfrontiert:

- Vollendung des Binnenmarktes bis 1992;
- Suche nach neuen Finanzmitteln;
- Suche nach einer rationelleren Agrarpolitik;
- Suche nach einem gerechteren Interessenausgleich;
- «Verdauung» der Süderweiterung;
- Einigung betreffend den Finanzrahmen für das EG-Forschungsprogramm 1987-1991;
- Bewältigung der bevorstehenden neuen Gatt-Runde.

Die EG wird der Bewältigung dieser reich befrachteten Agenda zweifellos Priorität vor dem Ausbau der Beziehungen mit den EFTA-Ländern und dem Europarat zumessen, was man sich immer wieder vor Augen halten muss.

*Stand der Zusammenarbeit EG-EFTA*

Vor Jahresfrist erwähnten wir den etwas langsamen Gang der Dinge bei der Umsetzung der Luxemburger Erklärung vom April 1984 (Schaffung eines dynamischen, homogenen europäischen Wirtschaftsraumes). Diese Lagebeurteilung trifft aus folgenden Gründen nach wie vor zu:

1. Brüssel misst der Festigung und dem Ausbau der Zwölfergemeinschaft Priorität vor dem Ausbau der Beziehungen mit den EFTA-Ländern zu.
2. Die meisten neuen Bereiche der Zusammenarbeit sind vorwiegend administrativer und technischer Natur, so dass neue Regelungen viel Zeit und Ausdauer erfordern.
3. Die auf höchster politischer Ebene immer wieder bekräftigte Bereitschaft zur Zusammenarbeit hat nicht immer die gewünschte Auswirkung auf Verwaltungsebene. Hauptziel der EFTA-Länder muss die parallele Verwirklichung des dynamischen, homogenen europäischen Wirtschaftsraumes und des EG-Binnenmarktes sein, um die Entstehung neuer Handelshemmnisse zu verhindern.

*Stand der Zusammenarbeit EG-Europarat*

Letztes Jahr orientierten wir Sie über die Vorschläge für die Verwirklichung eines geeinten Europas der Colombo-Kommission gemäss Zwischenbericht vom Juni 1985. Im folgenden eine Uebersicht über die wichtigsten Empfehlungen der Colombo-Kommission in ihrem Schlussbericht vom Juni 1986:

*Leitlinien der Tätigkeit des Europarates*

Die Tätigkeit des Europarates muss sich an folgenden Leitlinien orientieren:

- i) Einbeziehung der Gesamtheit der demokratischen europäischen Länder in die europäischen Einigungsbestrebungen;
- ii) Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit zur Vorbereitung des Terrains für die ehrgeizigeren und einschneidenderen Tätigkeiten der Europäischen Gemeinschaft einerseits und die Förderung einer flexiblen Zusammenarbeit in jenen Bereichen, die nicht direkt für die europäische Integration geeignet sind, andererseits.

*Europäischer demokratischer Raum*

Ein neues Kapitel über den «europäischen demokratischen Raum» weist auf die unzureichenden Bindungen zwischen dem Europarat und anderen europäischen Institutionen hin. Die Förderung dieser Zusammenarbeit gehöre zu den wichtigsten Aufgaben des Europarates. Dabei denkt man an eine Verstärkung der Rolle der Parlamentarischen Versammlung als Diskussionsforum für Organisationen ohne parlamentarisches Organ und an eine Ausdehnung dieser Dienstleistung, insbesondere auf Eureka.

*Europarat und Europäische Gemeinschaft*

Das Kapitel «Europarat und Europäische Gemeinschaft» enthält neue, präzisere Empfehlungen betreffend die Herstellung von Kontakten zwischen den beiden Institutionen, die teilweise schon zum Tragen gekommen sind.

*Die Beziehungen mit dem «übrigen Europa»*

Der Europarat muss die osteuropäischen Länder überzeugen, dass Kontakte nicht auf kulturelle Aspekte beschränkt zu bleiben brauchen, sondern eine Ausweitung auf Gebiete wie Schulwesen, Sport, Jugendarbeit, Gesundheit, Umweltschutz und Drogenbekämpfung durchaus möglich ist. Erste Erfolge im Umweltschutzbereich können schon mit Ungarn und Rumänien verbucht werden; die Initiative für die Aufnahme dieser Kontakte ist von der Kommission für Nichtmitgliedländer der Parlamentarischen Versammlung ausgegangen.

Der Europarat soll auch vermehrt die Positionen der Mitgliedländer im KSZE-Rahmen koordinieren und Kolloquien zu verschiedenen KSZE-Aspekten unter Beteiligung osteuropäischer Länder veranstalten.

*Menschenrechte*

Im Kapitel über Menschenrechte wird eine Revision der Menschenrechtsschutzorgane gefordert, die über die Bestimmungen des Zusatzprotokoll Nr. 8 hinausgehen. Ferner werden die Anerkennung des aktiven und passiven Wahlrechtes bei Kommunalwahlen sowie freie Meinungsäusserung und Versammlungsfreiheit für alle Bürger in allen Mitgliedstaaten des Europarates gefordert.

*Kultur und Bildung*

Im kulturellen Bereich schlägt die Kommission zwecks Förderung einer europäischen Identität die Durchführung weiterer gemeinsamer Projekte des Europarates und der EG nach dem Vorbild des Europäischen Jahres der Musik (1985) vor.

*Erziehung und Ausbildung der Jugend*

Da heute viele Jugendliche Zweifel an der Zukunft haben, sollen ihr Interesse an staatlichen Tätigkeiten und damit auch ihre Beteiligung an den sie betreffenden Entscheidungen auf allen Ebenen verstärkt werden. Die Kommission schlägt ferner die Erarbeitung einer europäischen Charta für Studenten und Jugendliche in der Berufsausbildung vor: mit dem Ziel der gegenseitigen Anerkennung der Diplome und Studiengänge und einer europäischen Dimension des Unterrichts.

*Forschung, Wissenschaft und Technologie*

Im Bereich Forschung, Wissenschaft und Technologie empfiehlt die Kommission die Koordination der nationalen Forschungsprogramme auf europäischer Ebene, die Entwicklung von Netzen wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit in Europa und eine stärkere Beteiligung der Nicht-EG-Mitgliedländer an den Forschungsprogrammen der Gemeinschaft.

*Rechtsangleichung*

Im Bereich der Rechtsangleichung soll eine bessere Ueberprüfung der Anwendung der bereits angenommenen Konventionen des Europarates ermöglicht werden, was auch zu Revisionsvorschlägen führen kann. Ferner werden der systematische Beitritt der Gemeinschaft zu den Konventionen des Europarates und die fallweise Prüfung der Möglichkeit der Ausdehnung des Geltungsbereiches von EG-Normen auf alle Mitgliedländer des Europarates vorgeschlagen.

*Mittel*

Die Colombo-Kommission kommt abschliessend zur Auffassung, «... dass die Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten eine andere Qualität hat als die klassische internationale Zusammenarbeit und dass ihr Fortschritt nur dann gesichert ist, wenn die zuständigen Institutionen über angemessene Mittel verfügen». Ob die gegenwärtig dem Europarat zugebilligte jährliche reale Budgeterhöhung von 0,98 Prozent genügt, um diesen Fortschritt zu sichern, bleibt eine offene Frage.

*3. Frühjahrssession 1986 (21. bis 25. April 1986)*

Die wichtigsten Traktanden der Frühjahrssession 1986 waren:

- «Fortschritte im Aufbau Europas»;
- die Lage in der Türkei;
- die libysche Krise;
- Ansprache des israelischen Ministerpräsidenten Peres.

*A. «Fortschritte im Aufbau Europas»*

Generalsekretär Oreja hob einleitend den unentbehrlichen Beitrag des Europarates zum Schutz und zur Vertiefung des «europäischen demokratischen Raumes» und als Forum für den Dialog zwischen den zwölf EG- und neun Nicht-EG-Mitgliedländern hervor. Ständerat Gadiant erwähnte die Erarbeitung einer europäischen Verkehrspolitik, für die ohne die Schweiz und Oesterreich keine vernünftige Lösung gefunden werden könne, als eine prioritäre Aufgabe des Europarates und wiederholte seinen Vorschlag vom Früh-

jahr 1985 zur Schaffung einer Verkehrskommission im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung.

Nationalrat Butty gab zu bedenken, dass sich Europa seit der Gründung des Europarates im Jahre 1949 in allen Bereichen grundlegend verändert habe; er plädierte für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen den zwölf und den neun im Rahmen des Europarates und sicherte diesbezüglich die Unterstützung der Schweiz zu.

Nationalrat Pini forderte zwecks Bekämpfung des Terrorismus eine engere Zusammenarbeit Europas mit den gemässigten arabischen Staaten. Der Europarat solle hier die Initiative ergreifen.

Ständerat Debétaz äusserte sich zum Vorschlag von Ständerat Gadiant betreffend die Schaffung einer Verkehrskommission eher skeptisch, meinte aber, der politische Wille sei vorhanden, im Rahmen der bestehenden Institutionen bei der Erarbeitung einer europäischen Verkehrspolitik Fortschritte zu erzielen.

*B. Die Lage in der Türkei*

Der Berichterstatter der politischen Kommission kam zum Schluss, dass sich die Menschenrechtslage in der Türkei seit der Debatte vom Frühjahr 1985 weiter verbessert habe. Der Europarat solle die Demokratisierungsbemühungen in diesem Land weiterhin kraftvoll unterstützen und fördern. Eine weitere Debatte dränge sich nur im Falle einer sichtbaren Verlangsamung des Demokratisierungsprozesses in der Türkei auf.

Am gleichen Tag stimmte das Ministerkomitee mit 14 gegen 6 Stimmen, bei 1 Enthaltung, für die Uebernahme des stellvertretenden Vorsitzes dieses Gremiums durch die Türkei und ebnete damit den Weg für die türkische Präsidentschaft des Ministerkomitees zwischen November 1986 und Mai 1987.

*C. Die libysche Krise*

Nachdem die Versammlung im Januar 1986 auf die Terroranschläge vom Dezember 1985 in Wien und Rom mit einer unmissverständlichen Kampfansage an den Terrorismus reagiert hatte, kam es in der Folge der amerikanischen Bombardierung von Libyen von Mitte April 1986 erneut zu einer Debatte über den Terrorismus. Einstimmigkeit bestand in der Verurteilung des Terrorismus. Praktisch unbestritten war auch die Rolle Libyens im internationalen Terrorismus. Erwartungsgemäss gingen aber die Meinungen über den amerikanischen militärischen Schlag gegen Libyen weit auseinander. Mehrere Redner bedauerten auch die Passivität der europäischen Regierungen gegenüber dem Terrorismus und riefen die Empfehlung der Versammlung vom Januar 1986 in Erinnerung.

*D. Ansprache des israelischen Ministerpräsidenten Peres*

Im Mittelpunkt der Rede von Ministerpräsident Peres vor der Parlamentarischen Versammlung stand seine Aufforderung an die Industrieländer, mit einem Teil der gesparten Erdölmilliarden die Aufstellung eines wirtschaftlichen Wiederaufbauprogrammes für den Nahen Osten zu ermöglichen, um damit die Voraussetzungen für einen stabilen Frieden zu schaffen. Er erwartete diesbezüglich vom Europarat Unterstützung.

*E. Verschiedenes*

Der österreichische Bundeskanzler Sinowatz machte in seiner Rede aus Anlass der 30jährigen Zugehörigkeit Oesterreichs zum Europarat den interessanten Vorschlag, Wahlbeobachtungen zu einem neuen völkerrechtlichen Instrument hin zu entwickeln. Der Europarat solle eine Gruppe von Parlamentariern, nationalen Beamten und Richtern bilden, die über grosse Erfahrung in der Organisation, Durchführung und Kontrolle von Wahlen verfügen. Diese Gruppe hätte dann auf Abruf bereit zu sein für den Fall, dass ein aussereuropäischer Staat international anerkannte Zeugen für einen Wahlvorgang benötigt.

Die Versammlung empfahl dem Ministerkomitee, die spanische Regierung bei der geplanten Gründung einer euro-

arabischen Universität in Andalusien zu unterstützen. Nationalrat Müller-Aergau sprach sich insbesondere für dieses Vorhaben aus und erinnerte daran, dass die maurische Zeit in Spanien zeitweise von einer arabisch-jüdischen Symbiose geprägt gewesen sei, als jüdische Philosophen und Schriftsteller neben hebräisch vor allem arabisch geschrieben hätten.

Die Versammlung sprach sich auch für Massnahmen zugunsten eines besseren Verständnisses für ausländische Bevölkerungsgruppen in den Mitgliedländern des Europarates aus. So wird zum Beispiel für das Jahr 1987 die Durchführung von Ausländertagen unter dem Motto «Wagen wir das Miteinanderleben» vorgeschlagen. Nationalrat Dupont distanzierte sich in seinem Votum von den zunehmenden fremdenfeindlichen Tendenzen in der Schweiz und bedauerte, dass es wahrscheinlich schwierig sein werde, für die vorgeschlagenen Aufklärungsaktionen die notwendigen Budgetmittel flüssig zu machen.

#### 4. Sommersession 1986 in Istanbul (30. Juni bis 3. Juli 1986)

Die Sommersession der Parlamentarischen Versammlung in Istanbul bot allen Teilnehmern Gelegenheit, sich persönlich über eine Vielfalt von offiziellen und nichtoffiziellen Quellen ein eigenes Bild von der Lage in diesem Land zu machen. Die Sitzung der Ständigen Kommission war von Dringlichkeitsdebatten über die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl und über die Gefahren des sich damals abzeichnenden Handelskonfliktes zwischen der EG und den USA im Agrarbereich dominiert.

Die Ständige Kommission verabschiedete auch eine Stellungnahme der Kommission für Sozial- und Gesundheitsfragen über die Anwendung des Kontrollsystems der Europäischen Sozialcharta. Berichterstatteerin war Nationalrätin Morf.

Der gemischte Ausschuss (Parlamentarier und Vertreter des Ministerkomitees) führte eine europolitische Debatte durch, in deren Verlauf Nationalrat Butty das Wort ergriff.

#### 5. Herbstsession 1986 (17. bis 25. September 1986)

Die wichtigsten Traktanden der Herbstsession 1986 waren:

- die europäische Antwort auf den internationalen Terrorismus;

- Ost-West-Beziehungen;

- Lage im Libanon;

- Verwendung menschlicher Embryonen und Föten zu diagnostischen, therapeutischen, wissenschaftlichen, industriellen und kommerziellen Zwecken.

##### A. Die europäische Antwort auf den internationalen Terrorismus

Die Debatte über «Die europäische Antwort auf den internationalen Terrorismus» war als Fortsetzung derjenigen vom Januar 1986 gedacht. Die Entschliessung der Versammlung wiederholt die bedingungslose Verurteilung des Terrorismus und beklagt die Abwesenheit klarer, zusammenhängender Massnahmen der Mitgliedländer des Europarates. Namentlich erwähnt werden wiederum Libyen, Syrien und der Iran als Länder, die den Terrorismus direkt oder indirekt unterstützten. Die Versammlung empfiehlt folgende Massnahmen gegen den Terrorismus und jene Länder, die ihn unterstützen:

- Wirtschaftliche Sanktionen;

- Einschränkung von Waffenlieferungen;

- Schaffung einer ministeriellen Gruppe für die Terrorbekämpfung, die auch demokratischen Ländern ausserhalb Europas offenstehen würde.

Der Kampf gegen den Terrorismus dürfe nicht durch eingehende Ueberlegungen über dessen vielschichtigen Ursachen gelähmt werden, warnte Nationalrat Sager. Die Ergründung und Bekämpfung dieser Ursachen sei die Aufgabe von Generationen. Wir stünden ab jetzt vor dem Zwang, durch solidarisches Handeln das Problem des Terrorismus in den Griff zu bekommen, bevor wir uns den Krankheitsursachen zuwenden könnten.

Nationalrat Pini meinte, wir sollten vor allem dazu überge-

hen, in enger Zusammenarbeit mit den arabischen Ländern, präventive Massnahmen zu ergreifen.

Am gleichen Tag richtete sich der italienische Aussenminister Andreotti in seiner Eigenschaft als Präsident des Ministerkomitees an die Versammlung, wobei ein Teil seiner Ausführungen auch dem Terrorismus galt. Der Kampf gegen den Terrorismus werde lang und schwierig sein und die Mittel müssten sorgfältig ausgewählt werden. So erwähnte er zum Beispiel die Kontrolle des diplomatischen Gepäcks, wie sie Italien eingeführt hat.

##### B. Ost-West-Beziehungen

Eine dauerhafte Verbesserung der Ost-West-Beziehungen setze eine Verbesserung der Menschenrechtslage in der Sowjetunion und in den osteuropäischen Ländern voraus. Es liege diesbezüglich im Interesse dieser Völker, die Dinge beim Namen zu nennen, und man verwehre sich dagegen, den Verweis auf systematische Menschenrechtsverletzungen durch die staatlichen Organe mit einer Fortführung des «kalten Krieges» gleichzusetzen. Dies war der Grundton der Debatte über die Ost-West-Beziehungen, die auf Berichten mehrerer Kommissionen basierte. Nationalrat Sager erarbeitete im Auftrag der Kommission für die Beziehungen mit den Nichtmitgliedländern einen Sonderbericht über die Lage der politischen Gefangenen in der DDR. Darin zeigt er die schweren Menschenrechtsverletzungen durch die DDR auf und weist auch auf die nicht unumstrittene Praxis des Freikaufs von Häftlingen in der DDR durch die BRD hin. Ständerat Debétaz vermittelte eine Uebersicht über die wirtschaftlichen Aspekte der Ost-West-Beziehungen.

##### C. Die Lage im Libanon

Nationalrat Dupont wurde 1985 von der politischen Kommission mit einer Informationsmission in den Nahen Osten betraut, um abzuklären, ob aus europäischer Sicht eine dauerhafte Lösung für den Libanonkonflikt gefunden werden könne und welchen Beitrag Europa gegebenenfalls zur Erreichung dieses Zieles und zum Wiederaufbau des Landes leisten könne. Seine Mission führte ihn auch nach Aegypten, Jordanien, Syrien und Tunesien. Sein Bericht, dem alle politischen Lager Beifall zollten, enthält folgende Schlussfolgerungen:

- den stärksten Antrieb zur Einleitung eines echten Friedensprozesses bilde die Einsicht der Bürgerkriegsparteien im Libanon, dass ein Andauern des Konfliktes unweigerlich zu einer Zerbröckelung ihres Landes führen müsse;

- eine aktive europäische Solidaritätspolitik, die einen Beitrag zur Ueberwindung des Konfliktes leisten könne, werde grundsätzlich begrüsst. Europa könne durch eine solche Politik auch zur Aufrechterhaltung der Hoffnungen der Libanesen an ihre Zukunft beitragen. Ohne diese Hoffnung bestehe für den Libanon die Gefahr der völligen Selbstauflösung;

- Europa könne auf die Unterstützung Syriens zählen;

- eine dauerhafte Lösung des Libanonkonfliktes sei nur im Rahmen einer Gesamtregelung im Nahen Osten möglich. Ideal wären daher gleichzeitige Verhandlungen an beiden Fronten;

- Europa solle mit Hilfe der Vereinigten Staaten auf einen Rückzug Israels aus dem Südlibanon hinwirken.

Die Versammlung verabschiedete eine entsprechende Entschliessung.

Nationalrat Pini setzte sich für eine Nahostfriedenskonferenz unter Einbezug aller beteiligten Konfliktparteien ein. Ohne eine Lösung des Nahostkonfliktes werde auch Europa weiterhin Zielscheibe terroristischer Anschläge bleiben.

##### D. Verwendung menschlicher Embryonen und Föten zu diagnostischen, therapeutischen, wissenschaftlichen, industriellen und kommerziellen Zwecken

Die Debatte über den Umgang mit menschlichen Embryonen und Föten verlief erwartungsgemäss recht leidenschaftlich, und der Empfehlungsentwurf musste durch ein Kreuzfeuer von über vierzig Abänderungsanträgen gehen. Die von der Versammlung mit grosser Mehrheit angenommene

Empfehlung sucht den Ausgleich zwischen den Interessen der Wirtschaft und der Wissenschaft und kann als Grundlage für eine europäische Regelung in diesem Bereich dienen. Sie lädt die Mitgliedstaaten ein:

- den Gerüchten über den Handel mit Föten in der Presse nachzugehen und die Resultate dieser Nachforschungen zu publizieren;
  - die industrielle Verwertung von Embryonen und Föten auf strikte therapeutische Zwecke zu beschränken;
  - die Erzeugung menschlicher Embryonen durch Befruchtung *in vitro* für Forschungszwecke zu verbieten;
  - die Heranzüchtung von Menschen mit bestimmten Eigenschaften zu verbieten und die nötigen Sanktionen für die Durchsetzung dieses Verbotes vorzusehen;
  - Nationale Register von Institutionen zu erstellen, die befugt sind, mit Embryonen und Föten Forschung zu betreiben;
  - Multidisziplinäre Kommissionen in den Mitgliedstaaten für Beratungs- und Kontrollzwecke zu bilden;
  - die Lage in diesem Bereich weiter zu verfolgen, mit dem Ziel der Erarbeitung einer europäischen Konvention, die auch Nichtmitgliedländern offenstehen würde.
- Nationalrätin Morf legte die Meinung der Kommission für Wissenschaft und Technologie dar. Es sei notwendig, den biologischen Techniken Grenzen zu setzen. Sie erinnerte daran, dass die Wissenschaftler als erste bio-ethische Richtlinien verlangten, nachdem die meisten Staaten zu lange gezögert hatten.

#### E. Verschiedenes

In der Debatte zum Thema «Recht auf Asyl» erinnerte Nationalrat Pini an seinen Vorschlag vom Herbst 1985 zur Schaffung eines ständigen Europaratsorgans für die Koordinierung der Flüchtlingspolitik der Mitgliedländer. Es fehle eine – im Gegensatz zum Bereich des politischen Asyls – gemeinsame europäische Strategie im Zusammenhang mit Wirtschaftsfüchtlingen. Nationalrat Sager verwies auf die Rolle der Ostblockstaaten bei der Einschleusung von Wirtschaftsfüchtlingen nach Westeuropa. Die erwartete Rückschaffung dieser Flüchtlinge in ihre Heimatländer hätte eine gewollte entmutigende Wirkung auf potentielle Antragsteller für politisches Asyl aus Ostblockstaaten.

Die Versammlung verabschiedete auch eine Empfehlung betreffend die Verbesserung des Transitverkehrs durch die Alpen. Sie empfiehlt Priorität für die Modernisierung und den Ausbau des Schienennetzes sowie finanzielle und administrative Massnahmen, um den Schienentransitverkehr wirtschaftlich konkurrenzfähig zu machen. Es wurde auch – unter Erwähnung des Gotthards und des Brenners – auf die Notwendigkeit neuer Basistunnels hingewiesen.

Ständerat Gadiant bestätigte das Ziel der schweizerischen Verkehrspolitik, den wachsenden Güterfernverkehr vorwiegend auf der Schiene abzuwickeln. Eine neue schweizerische Eisenbahnalpentransversale müsse so konzipiert werden, dass über sie Lastenzüge aller Masse und Gewichte im Huckepacksystem befördert werden können.

Die Schweiz werde von den bestehenden Einschränkungen des Schwerverkehrs (Nacht- und Sonntagsfahrverbot, Gewichtsbeschränkung auf 28 Tonnen) nicht abweichen. Abschliessend appellierte Ständerat Gadiant noch einmal an die Versammlung, sich für eine europäische Verkehrspolitik einzusetzen.

Die Versammlung führte des weiteren eine Debatte über «das sprachliche und literarische Erbe Europas» durch, in der Nationalrat Cantieni das Wort ergriff.

#### 6. Wintersession 1987 (26. bis 30. Januar 1987)

- Die wichtigsten Traktanden der Wintersession 1987 waren:
- Dringlichkeitsdebatte über die Rheinverschmutzung nach dem Brand von Schweizerhalle;
  - Empfehlungsentwurf des Ministerkomitees über die Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen;
  - Zukunft der europäischen Zusammenarbeit.

#### A. Dringlichkeitsdebatte über die Rheinverschmutzung nach dem Brand von Schweizerhalle

Die Dringlichkeitsdebatte über die Folgen des Brandes von Schweizerhalle führte zu keiner einseitigen Verurteilung der Schweiz und der Basler Chemie. Im Vordergrund standen Appelle, nun endlich international harmonisierte Schutzmassnahmen technischer und rechtlicher Art einzuführen. Nationalrat Dupont bekräftigte im Namen der Schweizer Delegation den Willen der schweizerischen Behörden, die Verantwortung gegenüber den betroffenen Rheinliegern wahrzunehmen. Die Basler Chemie gebe zu, die Gefahren der Lagerung gefährlicher Substanzen unterschätzt zu haben, und werde die nötigen Massnahmen zur Verhütung weiterer solcher Katastrophen ergreifen. Massnahmen dieser Art müssten aber auf internationaler Ebene harmonisiert werden.

Für Ständerat Dreyer gilt es jetzt auch, auf internationaler Ebene Lehren aus diesem Fall zu ziehen, um eine ähnliche Katastrophe zu verhindern und die Auswirkungen künftiger Unfälle – denn wir leben nicht in einer risikolosen Welt – unter Kontrolle zu behalten. Die internationale Zusammenarbeit müsse sich auf den ganzen OECD-Raum erstrecken, damit die europäische chemische Industrie nicht durch amerikanische und japanische Konkurrenten, die nicht gleich strengen Regeln unterstehen, benachteiligt würde. Nationalrat Müller-Aargau plädierte auch für einen Neubeginn. Er stellte die Frage, ob die demokratische Gesetzgebungsmaschinerie, zumal in einer direkten Demokratie wie der unsrigen, im Umweltschutzbereich überhaupt noch mit der Entwicklung Schritt halten könne.

Die einstimmige Versammlung richtete einen dringenden Appell an das Ministerkomitee, die seit 1974 blockierte Europäische Gewässerschutzkonvention endlich zu bereinigen und zur Ratifikation freizugeben. Die Versammlung forderte das Ministerkomitee auch auf, im Rahmen der europäischen Konvention für grenzüberschreitende Zusammenarbeit die Inbetriebnahme eines zuverlässigen Alarm- und Informationssystems voranzutreiben, und empfiehlt ihm gleichzeitig die Ausarbeitung einer umfassenden europäischen Umweltschutzkonvention.

Schliesslich werden die Mitgliedländer eingeladen, ihre eigenen Bestimmungen betreffend Produktion, Lagerung, Transport und Vernichtung chemischer Produkte sofort zu überprüfen und dem Europarat darüber Bericht zu erstatten. Damit soll die Ergreifung gemeinsamer Massnahmen ermöglicht werden.

#### B. Empfehlungsentwurf des Ministerkomitees über die Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen

Das Ministerkomitee des Europarates hat auf Initiative der Parlamentarischen Versammlung einen Empfehlungsentwurf über Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen ausgearbeitet und diesen der Versammlung zur Stellungnahme zugeleitet. Gemäss dem Wortlaut des Entwurfes hat eine Person, die aus zwingenden Gewissensgründen den bewaffneten Dienst ablehnt, Anspruch darauf, vom Militärdienst befreit zu werden. Sie kann gehalten werden, einen zivilen Ersatzdienst zu leisten, der nicht Strafcharakter haben dürfe und im Verhältnis zur Militärdienstzeit von vernünftiger Dauer sein solle. Dienstverweigerer, die einzig den Gebrauch von Waffen ablehnen, können allerdings zur Leistung eines unbewaffneten Militärdienstes verpflichtet werden.

Nationalrat Sager erinnerte an die Notwendigkeit der Zustimmung von Volk und Ständen für die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes in unserem Lande; die Einführung sei schon zweimal abgelehnt worden. Er erläuterte die historischen Gründe für unser Milizsystem und die bewaffnete Neutralität, zu der die Schweiz völkerrechtlich verpflichtet sei. Der Militärdienst werde damit zur nationalen Pflicht, könne aber auch ohne Waffen geleistet werden. Er bat um Verständnis für diese spezielle Lage; Rechtsharmonisierung in Europa dürfe nicht zur Nivellierung führen.

Der Empfehlungsentwurf des Ministerkomitees wurde durch einige Zusatzanträge ergänzt, die aber bei Annahme eine

Erleichterung der Anerkennung als Dienstverweigerer zur Folge hätten. Nationalrat Müller-Aargau, obwohl Befürworter der Einführung eines zivilen Ersatzdienstes, enthielt sich der Stimme. Er begründete diese Haltung vor dem Plenum mit der Achtung vor den Entscheiden des Schweizer Volkes.

#### C. Zukunft der europäischen Zusammenarbeit

Nach dem Abschluss der Arbeiten der Colombo-Kommission (siehe Einleitung) beginnt jetzt die schwierige Phase der Verwirklichung der im Schlussbericht der Kommission enthaltenen Empfehlungen. Alle Redner waren sich einig, dass jetzt Taten folgen müssten, wobei eine gewisse Prioritätensetzung unausweichlich sein werde. Einige Empfehlungen, besonders im Zusammenhang mit der Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Europarat und der Europäischen Gemeinschaft, konnten schon verwirklicht werden. Ständerat Debétaz erwähnte hier zum Beispiel die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Parlamentarischer Versammlung und Europäischem Parlament bei der Organisation und Durchführung einer «audition parlementaire» betreffend «trains à grande vitesse» in Lüttich vom letzten Dezember. Weitere Bereiche der Zusammenarbeit betreffen die «Nord-Süd-Beziehungen» und die Agrarpolitik. Im April letzten Jahres haben die beiden Versammlungen in Villars-sur-Ollon gemeinsam eine Tagung zum Thema «Europäische Landwirtschaft im Jahre 2000» durchgeführt. Die Versammlung beschloss die Einsetzung einer kleinen Gruppe von Parlamentariern, die sich speziell für die Verwirklichung der Empfehlungen der Colombo-Kommission einsetzen soll.

#### D. Verschiedenes

Ständerat Gadiant legte den Tätigkeitsbericht des Büros und der Ständigen Kommission vor.

Nationalrat Pini legte einen Bericht zum Thema «Flexibilität des Arbeitsmarktes» vor, der sich vor allem mit den politischen, gesellschaftlichen und sozialen Voraussetzungen und Auswirkungen einer grundsätzlichen Umwandlung des Arbeitsmarktes in Europa befasst.

Die Versammlung forderte auch das Selbstbestimmungsrecht für die baltischen Staaten. Nationalrat Sager geisselte die sowjetischen Völker- und Menschenrechtsverletzungen in diesen Ländern. Man müsse immer wieder durch Kritik an der Besetzung dieser Länder und an den Menschenrechtsverletzungen auf eine Öffnung der totalitären Gesellschaftsordnungen hinwirken.

Im Anschluss an die Dringlichkeitsdebatte über den Krieg zwischen dem Iran und dem Irak forderte die Versammlung ein Waffenembargo und eine kooperative Haltung seitens der Kriegsparteien gegenüber den Friedensbemühungen des Uno-Generalsekretärs.

Nach einer breitangelegten agrarpolitischen Debatte (Ständerat Gadiant war in Vertretung eines österreichischen Kollegen einer der Berichterstatter) verabschiedete die Versammlung zwei Empfehlungen: Der weltweiten Ueberproduktion und Bodenübernutzung solle zugunsten von mehr Qualität Einhalt geboten werden, wobei dem bäuerlichen Familienbetrieb ein hoher Stellenwert zugemessen wird. Ständerat Debétaz wies darauf hin, dass man in unserem Lande bereits dazu übergegangen sei, Qualität an Stelle von Quantität zu setzen. Um zu verhindern, dass solche Massnahmen nicht durch die Ueberschusspolitik anderer Länder wieder zunichte gemacht würden, wären internationale Absprachen notwendig.

Der türkische Aussenminister Halefoglu gab der Versammlung bekannt, dass sein Land das Individualklagerecht für türkische Staatsangehörige vor der Europäischen Menschenrechtskommission anerkannt habe. Offen ist noch, ob die Türkei auch die Rechtsprechung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes anerkennen wird.

Nationalrat Cantieni griff in die Debatte über die Qualität und die Wirksamkeit des Schulunterrichts ein.

Die Mandate der griechisch-zypriotischen Parlamentarier-Delegation wurden für den Rest der 38. Session validiert. Die Delegation muss ihre Mandate zu Beginn der 39. Session im

kommenden Mai – zusammen mit allen anderen Delegationen – neu validieren lassen, wobei die Erhebung eines neuen Einspruches nicht ausgeschlossen werden kann. Die Federführung für dieses Geschäft lag bei der von Nationalrat Butty präsidierten Reglementscommission.

#### 7. Vorstösse und Anregungen in den Eidgenössischen Räten betreffend den Europarat im Berichtsjahr

86.377 Interpellation Morf vom 19. März 1986. Europäisches Musikjahr. Folgeaktivitäten

86.422 Interpellation Oehen vom 21. März 1986. Internationale Fiskalpolizeikonvention

86.513 Interpellation de Chastonay vom 19. Juni 1986. Europäische Menschenrechtskonvention. Vorbehalte des Bundesrates

86.952 Postulat Eisenring vom 10. Oktober 1986. Gegenseitige Amtshilfe. OECD-Konventionsentwurf

86.983 Postulat Pini vom 1. Dezember 1986. Anerkennung von Diplomen in Europa

**Präsident:** Es wurde bereits bei der Behandlung des vorangegangenen Geschäfts zu diesem Traktandum gesprochen. Werden hiezu noch Bemerkungen gemacht? – Sie haben damit von diesem Bericht Kenntnis genommen.

An den Nationalrat – Au Conseil national

87.021

### **Geschäftsbericht des Bundesrates, des Bundesgerichtes und des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes 1986**

#### **Gestion du Conseil fédéral, du Tribunal fédéral et du Tribunal fédéral des assurances 1986**

Bericht des Bundesrates vom 25. Februar 1987, des Bundesgerichtes vom 11. Februar 1987 und des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes vom 31. Dezember 1986

Rapport du Conseil fédéral du 25 février 1987, du Tribunal fédéral du 11 février 1987 et du Tribunal fédéral des assurances du 31 décembre 1986

Beschlussentwurf siehe Seite 441 des Berichtes  
Projet d'arrêté voir page 441 du rapport

Bezug durch die Eidgenössische Drucksachen- und Materialzentrale, Bern  
S'obtiennent auprès de l'Office central des imprimés et du matériel, Berne

**Masoni,** Berichterstatter: Die Geschäftsprüfungskommission hat dieses Jahr bei der Prüfung des Geschäftsberichtes als Querschnittsthema die Auswirkungen der Bundestätigkeit auf die Kantone gewählt. Wir haben an einem Beispiel je Departement diese Frage näher verfolgt. Die Sprecher der Kommission werden darauf zu reden kommen, wo sich interessante Probleme gezeigt haben.

Dieses Thema gehört ins Kapitel «Probleme der Rechtsanwendung», das der Bundesrat auf Wunsch der Geschäftsprüfungskommission im Bericht des EJPD neu eingeführt hat, ebenso wie das andere, ebenfalls auf Wunsch der GPK im Bericht neu aufgenommene Kapitel der Gesetzesevaluation.

Es ist eine wichtige Aufgabe des modernen Sozialstaates, insbesondere des Bundesstaates, nach Wegen zu suchen, um über die Wirkung bestehender, geplanter oder verlangter Gesetze genauere und vollständigere Vorstellungen zu

## **Delegation beim Europarat. Bericht**

## **Délégation auprès du Conseil de l'Europe. Rapport**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1987
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	02
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	87.033
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	02.06.1987 - 08:00
Date	
Data	
Seite	206-210
Page	
Pagina	
Ref. No	20 015 612

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.